

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Klassen 10 Pfennig

Roter Vorstoß
gegen den
Döitzsch-Kaiser-Block
im Dresdner Rathaus
Siehe im Innern
des Blattes

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale

Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches

Abbestellung: Die neu einmal gepulverte Kompartimentsblätter oder deren Nachdruck für den Zeitraum vom 1. bis zum 31. Dezember 1932, für die Kassenstellen (einschließlich der im entsprechenden Teil einer Zeitungsnummer) 1,50 RM. Bei Abbestellung vor dem 1. Dezember 1932 ist die Abbestellungsgebühr von 0,50 RM an die Redaktion Dresden, D. 1, Güterbahnhofstraße 2, zu zahlen.

Abbestellung: Die neu einmal gepulverte Kompartimentsblätter oder deren Nachdruck für den Zeitraum vom 1. bis zum 31. Dezember 1932, für die Kassenstellen (einschließlich der im entsprechenden Teil einer Zeitungsnummer) 1,50 RM. Bei Abbestellung vor dem 1. Dezember 1932 ist die Abbestellungsgebühr von 0,50 RM an die Redaktion Dresden, D. 1, Güterbahnhofstraße 2, zu zahlen.

Abbestellung: Die neu einmal gepulverte Kompartimentsblätter oder deren Nachdruck für den Zeitraum vom 1. bis zum 31. Dezember 1932, für die Kassenstellen (einschließlich der im entsprechenden Teil einer Zeitungsnummer) 1,50 RM. Bei Abbestellung vor dem 1. Dezember 1932 ist die Abbestellungsgebühr von 0,50 RM an die Redaktion Dresden, D. 1, Güterbahnhofstraße 2, zu zahlen.

8. Jahrgang

Dresden, Montag den 18. Januar 1932

Nummer 14

Neue Kampfmaßnahmen der Eisenbahner

Passive Resistenz wird weiter geführt. Die Bewegung gegen Lohnabbau breitet sich aus. Rote Einheitsfront gegen die Reichsbahn-Direktion und Verbandsbürokratie. Christliche Arbeiter und Freigewerkschafter schließen sich der RWD an

Streik und passive Resistenz der städtischen Arbeiter in Plauen

Streik und passive Resistenz der städtischen Arbeiter in Plauen
Geschlossene Aufnahme des Kampfes
Plauen, den 18. Januar (Eig. Meld.)
Heute morgen legten die Arbeiter der Müllabfuhr Plauen die Arbeit nieder. In einer Belegschaftsversammlung wurde einstimmig ein Streikbeschluss gegen den Lohnabbau gefasst. In dem Beschluss heißt es, daß die Belegschaft bis zur Zurücknahme des 10prozentigen Lohnabbaues der durch die Notverordnung diktiert wurde, ausharren will. Auch im Gaswerk ist eine ungeheure Empörung. Die Arbeiter sind bereits zur passiven Resistenz übergegangen.

Proteststreik der Güterabfertigung Friedrichstadt

Proteststreik der Güterabfertigung Friedrichstadt
Dresden, 18. Januar.
Kurz vor Redaktionsschluss wird uns mitgeteilt, Am Sonnabend nach der Frühstückspause haben die Arbeiter der Güterabfertigung Dresden-Friedrichstadt, Abteilung Umladestelle, einen Proteststreik von 35 Minuten durchgeführt. Der Streik richtete sich gegen den durch die Notverordnung diktierten Lohnabbau.

Am Sonnabend konnten wir eine Anzahl von Berichten über die ungeheure Empörung der Dresdner Eisenbahner gegen die einzelnen Lohnabbaumaßnahmen veröffentlichen, die Freitag zu einer Reihe von Protestaktionen und ersten Kampfritten in bestimmten Dienststellen geführt haben.
Auch am Sonnabend haben die Arbeiter ihre Empörung und ihre Proteste ganz offen zum Ausdruck gebracht. Das zeigt sich bei der Arbeitsleistung. Auf verschiedenen Dienststellen sind von einzelnen Gruppen und Kolonnen passive Resistenz ausgeht.
In den von uns bereits veröffentlichten Berichten erfahren wir noch, daß in der Bahnhofsstraße die Arbeiter am Freitag die Arbeit niederlegten und eine Kolonne geschlossen am Dienststellenvorstand zog. Dort wurde die Forderung gestellt, daß der Lohnabbau sofort zu unterbleiben habe und der Reichsbahn-Direktion die Forderungen der Arbeiter zu unterbreiten sind.
Auf dieser Dienststelle kann die rote Einheitsfrontbewegung besonders stark zum Ausdruck kommen. Alle Kollegen der Kolonne, ohne Ausnahme, beteiligten sich an der Protestbewegung. Drei Mitglieder der christlichen Gewerkschaft und zwei Mitglieder des proletarischen Verbandes traten in der Aktion der RWD teil. Wie uns weiter gemeldet wird, breitet sich die Kampfbewegung auf den Reichsbahndirektionsbezirk Dresden aus. Auch in Prenzlau und Großschönau haben die Arbeiter ähnliche Protestmaßnahmen wie in Dresden durchgeführt.

Diese Antwort der Eisenbahner, die gegen den Willen der Verbandsbürokraten in allen Güterböden und Lohndienststellen ihre Protestaktionen durchzuführen, zeigt eindeutig, daß die Hege der faschistisch-kapitalistisch-sozialdemokratischen Presseorgane gegen die RWD und die KPD die Arbeiterschaft nicht mehr zu verwirren vermag.
Der stetige Vormarsch der roten Einheitsfront aller Arbeiter, gleich welcher Organisationszugehörigkeit, wird unter der Führung der RWD in den Betrieben fortgesetzt. Diese rote Einheitsfront wird über alle Feinde der Arbeiterklasse siegen!

Gewaltiger Proteststurm der Eisenbahner gegen Verbandsbürokratie!

Die öffentliche Kundgebung des reformistischen Einheitsverbandes der Eisenbahner im Kristallpalast mit der provokatorischen Tagesordnung „Die Eisenbahner in der Eisernen Front“ mündete sich zu einer Massenabrechnung der Eisenbahner mit der Verbandsbürokratie und einem Bekenntnis zum revolutionären Klassenkampf. Im Saal des Kristallpalast waren ungefähr 800 Eisenbahner anwesend, darunter sehr viele Anhänger der RWD. Bei Bekanntgabe der Tagesordnung verlangte ein RWD-Kollege Zulassung der Diskussion. Als der Verbandsleiter Delfers an der Spitze sich gegen die Diskussion wandte, erhob sich sofort ein Empörungsturm gegen Delfers, und unter diesem Druck mußte er die Diskussion zulassen.
Als der Referent R. L. S. Hamburg den Lohnabbau verteidigte, die Kommunisten angriff und Ernst Thälmann dem Faschismus überstellte, erhob sich ein solcher Empörungsturm, daß R. L. S. sich veranlaßt sah, seine Hege gegen die Kommunisten abzulegen. Auf seinen Appell für die Brüningsche „Eiserne Front“ antwortete ihm der rote Betriebsratsvorsitzende Barthelemy mit dem Hinweis, daß die rote Einheitsfront die Forderung der Arbeiterklasse ist, wie die wirkliche Stimmung der Eisenbahner ist. Kennzeichnete die Lohnabbaupolitik des „Heimlichen Heils“ und entwarf den Hindenburgblock der SPD und KPD-Führer. Als er die Toilettiererin Brünings und Schicks von dem Weg zum Faschismus enthüllte und den Ausweg der RWD und KPD aufzeigte, erscholl einstimmig der Ruf:
„Unser Führer ist Ernst Thälmann!“
Einstimmiger Beifall antwortete ihm, als er zum Schluss erklärte:
„Eiserne Front mit Klassenfeinden ist Klassenverrat — Einheitsfront der Eisenbahner heißt einverleiben in die rote Klassenfront unter Führung der KPD und der RWD!“
Im weiteren Verlauf der Diskussion, in der einige vom Verband vorgeschickte Redner nacheinander die Bürokratie zu verteidigen versuchten, erzwang die Versammlung aus dem roten Betriebsrat Springer das Wort. Auch er kennzeichnete die Lage der Eisenbahner, enthüllte die Streikverhinderung der Bürokratie und rief zur Einheitsfront aller Arbeiter zum gemeinsamen Kampf um ihre Existenz auf. Auch ihm antwortete Beifall und Zustimmung.
Als R. L. S. im Schlusswort versuchte, Sowjetrußland und die Führer der Kommunisten zu verleumdern und als der Parteivorstand Klotz es sogar wagte, Kola Luxemburg herabzusetzen, brachen die Eisenbahner in einen neuen Empörungsturm aus, der sich nicht mehr legte. Die Internationale erklärte, die rote Klassenfront hatte den ersten Versuch der Kapitalisten, die Eisenbahner für die „Eiserne Front“ zu lockern, gänzlich gescheitert.

Rote Betriebsräte rufen zum Kampf!

Die Tagung der roten Betriebsräte im UB Dresden. Eine Kundgebung für rote Einheit in den Betrieben. Appell an die Belegschaften für Befestigung der Notverordnung-Betriebsräte

In der „Banischen Krone“ sagten gestern die roten Betriebsräte Dresdens, 21 Betriebe, darunter Großbetriebe wie Eltwerf, Seidel u. Naumann, Sachsenwerk, Mimos, Straßenbahn u. a. m., waren vertreten.
Das mit starkem Beifall aufgenommene Referat des Genossen Sindermann löste eine recht lebhaft Diskussion aus. In hochschwelliger Selbstkritik zeigten die roten Betriebsräte ihre Schwächen in der Betriebsarbeit auf und gelobten die Liquidierung des Masseninletzes der SPD und der Gewerkschaftsführer verstärkt durchzuführen und die Betriebe zu roten Hochburgen des proletarischen Klassenkampfes zu machen.
Nach Begrüßung durch Vertreter der Freidenker und der Erwerbslosen ergriff Genosse Kurt Sindermann das Wort. Ausgehend vom 6. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, der die Entwicklung der kapitalistischen Krise klar voraussagte, zeigte er die Verhängung der Weltkrise des Kapitalismus und ihre Auswirkung in Deutschland an.
Alle Kräfte der Krise des Kapitalismus werden von der Bourgeoisie mit Unterstützung der SPD der Arbeiterschaft aufzulegen.
Die SPD will die Millionen ihrer Anhänger mit der Politik des „Heimlichen Heils“ einlullen. Den neuen Dreh bildet die „Eiserne Front“. Hier muß unser Kampf um die Klasse des Proletariats einsehen.
Anlässlich der Präsidentenwahl haben sich SPD und KPD erneut vor den Massen als die soziale Hauptstütze der faschistischen Brüningsdiktatur gezeigt, indem sie sich ebenso wie Hitler für den faschistischen Kandidaten der Diktatur des Finanzkapitals Hindenburg einsetzten. Die KPD hat den Genossen Thälmann als

den Kandidaten der Arbeiterklasse aufgestellt und die wertigen Massen zum außerparlamentarischen Kampf aufgerufen.
Das wichtigste Gebiet im Kampf der Arbeiterklasse gegen Lohnabbau und Notverordnungsbiktatur sind die Betriebe. Wir stellen allen Belegschaften die Aufgabe, Rechenschaft über die Tätigkeit ihrer Betriebsräte und deren Rücktritt zu fordern. Im Belegungsfall müssen die Arbeiter durch Unterschriftenammlung in den Betrieben den Rücktritt erzwingen und zur Neuwahl schreiten. Die Teilkämpfe ergeben das Proletariat zu höheren Kampfesformen. Nur wenn wir in diesem Sinne an die Arbeit herangehen, werden wir zum Kampf um den Sozialismus, um ein freies sozialistisches Deutschland kommen.
Nach der Diskussion wurde für den Reichsausschuss deutscher Betriebsräte je ein Vertreter der Eisenbahner, der Röhren-, Metall- und der Chemikalarbeiter als Delegierte gewählt.
Dem Schlusswort des Genossen Sindermann, der die Ergebnisse der Diskussion kurz zusammenfasste, folgte die einstimmige Annahme nachstehender Entschließung:

Kampfschließung der roten Betriebsräte

Die am 17. Januar in der Banischen Krone versammelten Betriebsräte des Unterbezirks Dresden erkennen in den Notverordnungen faschistische Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie zur weiteren Einschränkung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse.
Mit verstärkten Ausbeutungsmaßnahmen, mit Lohn- und Gehaltsabbau, mit der reißenden Befestigung sämtlicher Erwerbslosen auf sozialpolitischem Gebiet, mit faschistischen Maßnahmen und politischer Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung versuchen die Kapitalisten und ihre Regierung das ins Wanken geratene kapitalistische System wieder ins Gleichgewicht zu bringen.
In diesem Kampf, in dem der Kapitalismus auf Kosten der breiten werktätigen Massen einen Ausweg aus dieser gewaltigen Krise sucht, findet er in der SPD seine soziale Hauptstütze.
Die neue Notverordnung, die ungeheure Verschlechterungen bringt, die die Löhne und Gehälter der Arbeiter abbaut, das sämtliche Tarifverträge außer Kraft setzt hat und damit das Tarifvertragsrecht, das elementare Recht der Gewerkschaftsbewegung beseitigt, die eine Million Sozial- und Unfallrentnern die Unterstützung nimmt, die soziale Massen und Betriebsräte wählen verbietet, ist eine offene faschistische Methode, die nur dank der Unterstützung der SPD- und Gewerkschaftsbürokratie durchgeführt werden kann.
Die versammelten Betriebsräte verpflichten sich, diese Notverordnungspolitik der SPD- und Gewerkschaftsbürokratie unter der breiten Masse der Arbeiter und Angehörigen zu entlarven und

ih sofort die Arbeit aufzunehmen für die Mobilisierung der Betriebsräte zum Rücktritt gezwungen werden.
In den Betrieben sofort eine Betriebsratsversammlungskampagne zu entfachen und folgende Aufgaben zu erfüllen:
Für jeden Betrieb, wo keine Betriebsräte vorhanden sind, ist es Aufgabe des Ortskomitees der RWD und der Leitungen der KPD, die Einleitung dieser Kampagne zu organisieren.
In Betrieben, wo keine rote Betriebsratsmehrheit besteht, ist sofort die Arbeit aufzunehmen mit der Mobilisierung der Belegschaften mit der Forderung auf Berichterstattung der Betriebsräte über ihre Tätigkeit.
In diesen Belegschaftsversammlungen muß ein betriebliches Kampfprogramm aufgestellt, ein Wahlausschuss gebildet und der Rücktritt der Betriebsräte gefordert werden.
Lehnen reformistische Betriebsräte die Auseraumung von Belegschaftsversammlungen wie ihren Rücktritt ab, müssen die Belegschaften Listen zur Unterschriftenammlung in den Betrieben herumgeben, darin gefordert wird: Einberufung einer Belegschaftsversammlung und Bericht über die Tätigkeit der Betriebsräte. Die Unterschrift gilt bei Ablehnung dieser Forderung zugleich als Mißtrauensvotum gegen den Betriebsrat und für seinen Rücktritt (§ 11 BGG, ein Viertel der wahlberechtigten Arbeiter genügt).
Die Unterschriftenammlung ist als letzte Kampagne zu führen, die Listen sind reformistischen Betriebsräten nicht zu übergeben.